1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 89 ERSCHEINT 14-TÄGIG 27. August 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes wurden in der Türkei 426 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Vor den Gerichten der Türkei wurde seit dem 12.09.80 in 6.124 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 10.08.1984

Das Verfahren wegen Parolerufens steht vor dem Abschluß

Das Verfahren gegen 53 Angeklagte vor dem Militärgericht in Izmir steht vor dem Abschluß. In seinem Plädoyer führte der Militärstaatsanwalt aus, daß die Angeklagten in der geschlossenen Haftanstalt von Buca gemeinsam Parolen gerufen und damit gegen den § 159 TSG (Beleidigung des Staates und der Streitkräfte) verstoßen haben. Dafür wird eine Strafe zwischen 1 und 6 Jahren Zuchthaus gefordert. Das Verfahren wurde zur Verteidigung der Angeklagten auf einen späteren Termin vertagt.

Cumhuriyet vom 10.08.1984

Parteifunktionär der SODEP aus Üsküdar wurde zu 3 Monaten Haft verurteilt

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul ging gestern ein Prozeß gegen drei Angehörige der Partei der Sozialen Demokratie SODEP zu Ende. Sie waren angeklagt, während einer Veranstaltung in geschlossenen Räumen am 20. März 1984 (vor den Kommunalwahlen) in Reden Straftaten gelobt zu haben. Darauf steht eine Strafe zwischen 9 Monaten und 3 Jahren. Der militärische Staatsanwalt führte aus, daß die Reden normale Kritik gewesen seien und dieses für ein normales politisches Leben unumgänglich sei. Aus diesem Grunde forderte er für alle drei Angeklagten Freispruch. In ihrer Verteidigung schlossen sich zwei der Angeklagten den Ausführungen des Staatsanwaltes an, während der 3. Angeklagte, der Rechtsanwalt Muammer Demirtas, sagte, daß sie nicht die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates, sondern die Beschlüsse des 24. Januar 1980, die unter der Demirel-Regierung gefaßt worden waren, kritisiert hätten.
Das Gericht verurteilte dann diesen Angeklagten wegen des Lobens einer Straftat und weil er einen Zustand herbeisehne, der die Situation von vor dem 12. September heraufbeschwöre, zu einer Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Milliyet vom 12.08.1984

Der Gesundheitszustand von Türkes ist weiterhin ernst

Es wurde mitgeteilt, daß die Situation von Alparslan Türkes, der in dem Militärkrankenhaus von Ankara behandelt wird, sich verschlechtert hat. Der Anwalt des im MHP-Prozeß angeklagten Türkes, Serafettin Yilmaz, teilte mit, daß sein Mandant nun schon seit über einem Jahr in dem Krankenhaus behandelt werde. An seinem linken Auge sei aufgrund eines überhöhten Streß eine Blutung entstanden und das Auge könne derzeit nicht geöffnet werden. In seinem Schreiben äußerte der Anwalt Angst um das Leben seines Mandanten.

WDR vom 13.08.1984

Gewerkschaftlicher Protest

Der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaft für Lebensmittel, Günter Döding hat in einem Brief an den Außenminister Genscher gefordert, daß man sich für die Wiederherstellung der Menschenrechte in der Türkei einsetze. In seinem Brief führte der Gewerkschafter aus, daß er bei einem Besuch in der Türkei den Vorsitzenden der Schwestergewerkschaft Oleyis, Mukbil Zirtiloglu, im Gefängnis habe besuchen wollen, daß ihm dieses aber nicht gestattet worden sei. Der Gewerkschafter forderte gleichzeitig, daß diese Fragen innerhalb der NATO zur Sprache gebracht werden sollten.

Cumhuriyet vom 13.08.1984

Unteroffizier erneut angeklagt

Der Antrag auf einen neuen Prozeß gegen den Unteroffizier Sükrü Bag, der wegen Totschlages an dem Gefangenen Ilhan Erdost zu einer Strafe von 10 Jahren und 8 Monaten verurteilt worden war, wurde nun durch die 5. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes akzeptiert. Das Urteil war am 27. Juni 1984 ergangen. Der Antrag auf Wiederaufnahme der Verfahren für weitere Angeklagte wurde durch die 5. Kammer unter Hinweis darauf, daß es keine neuen Beweismittel gebe, abgelehnt.

Milliyet vom 15.08.1984

In der Türkei gibt es 1000 Zeugen Jehovas

Vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Ankara begann der Prozeß gegen 30 Zeugen Jehovas, die beschuldigt werden, gegen den Laizismus verstoßen zu haben und den Versuch gemacht zu haben, einen auf religiösen Prinzipien beruhenden Staat gründen zu wollen. Bei der Feststellung der Personalien gaben alle Angeklagten als Religion Zeugen Jehovas an. Wegen eines Verstoßes gegen den § 163 TSG wird eine Strafe zwischen 2 und 10 Jahren gefordert. Von den Angeklagten befinden sich 11 in Untersuchungshaft.
Zu dem Prozeß war eine große Anzahl von in- und aus-

ländischer Presse erschienen. Der Verteidiger Cetin Ozbek beantragte die Ablehnung der Gutachter, da sie schon zuvor ihre Ansichten über diese Sekte geäußert hatten und deshalb nicht mehr objektiv sein könnten. Das Gericht beschloß nach einer Beratung, diesen Antrag anzunehmen.

Cumhuriyet vom 15.08.1984

Verurteilung wegen Gewährung von Unterschlupf

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir wurde Mehmet Ali Karabulut zu einer Strafe von 3 Jahren und 4 Monaten verurteilt, weil er vor dem 12. September 1980 in Usak und Umgebung Angehörigen der illegalen Organisation Dev-Yol Unterschlupf gewährt hatte. Des weiteren wurde eine Verbannungszeit von 1 Jahr und 1 Monat beschlossen.

Cumhuriyet vom 15.08.1984

Freispruch für HK'ler

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurden drei Personen von dem Vorwurf der Zugehörigkeit zu der illegalen Organisation Halkin Kurtulusu und dem Mord an dem IGD-Angehörigen Yusuf Sevim am 15. August 1980 in Kücükköy aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

WDR vom 15.08.1984

'Erklärung der Intellektuellen'

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara hat der Prozeß gegen 56 der 1260 Erstunterzeichner der "Erklärung der geistigen Führungsschicht" begonnen. Neben vielen in- und ausländischen Reportern waren auch Bedienstete der Botschaften aus den USA, der Bundesrepublik und Großbritannien anwesend. Des weiteren waren auch Parteifunktionäre der SODEP und HP erschienen.
Gegen die Angeklagten wird wegen eines Verstoßes gegen den § 16/1 des Gesetzes mit der Nummer 1402 eine Strafe zwischen 3 Monaten und 1 Jahr gefordert. Bei der Feststellung der Personalien wurde bemerkt, daß alle Angeklagten bis auf 13 erschienen waren. Nach der Verlesung der Anklageschrift wurde mit der Befragung der Angeklagten begonnen.
Als erster Angeklagter wurde der Schriftsteller Aziz Nesin vernommen. Er sagte, daß das 'Gesuch' an die staatlichen Stellen nicht die Eigenschaft eines Flugblattes habe. Als Aufgeklärte dieser Gesellschaft haben sie auf Verletzungen der Menschenrechte, einen antidemokratischen Kurs aufmerksam machen wollen. Er bedanke sich bei denjenigen, die diesen Prozeß eröffnet hätten, denn auf diese Weise werde ihnen Gelegeheit gegeben, auch auf Punkte einzugehen, die sie in dem Gesuch nicht hätten ausführen können.
Der Befragende Richter forderte den Angeklagten sodann auf, zu erläutern, was mit der Formulierung 'die Anwendung der Gesetze werde behindert' gemeint sei. Aziz Nesin führte als Beispiel an, daß sich ein Ministerpräsident über ein laufendes Verfahren in der Weise äußere, daß die Angeklagten schuldig sei, obwohl Beschuldigte nach dem Gesetz bis zur Urteilsverkündung als unschuldig zu gelten haben. Als antidemokratisches Verhalten gab der Schriftsteller die Zensur über Erklärungen selbst des Ministerpräsidenten als Beispiel an. Des weiteren werden die meisten Werke der hier anwesenden Autoren nicht im staatlichen Rundfunk und Fernsehen gesendet, man erteile den Betroffenen keine Erlaubnis zur Ausreise, usw.
Der zweite Angeklagte, Professor Hüsnü Göksel, gab an, daß während seiner Befragung durch den Militärstaatsanwalt nicht ein einziges Mal das Wort Flugblatt gefallen sei. Er habe nicht, wie in der Anklageschrift behauptet, das Personal aus dem Krankenhaus Hacettepe zur Unterschrift angehalten, im Gegenteil, einige Unterschriftswillige mit Rücksicht auf die Folgen für sie davon angehalten. 90% des Gesuches sei in seiner Wohnung formuliert worden. Danach habe man 30 Kopien angefertigt und er habe als erster unterschrieben. Durch die Sitzung des Europarates habe sich eine Verzögerung ergeben, denn man habe nicht den Eindruck erwecken wollen, als gebe es einen Zusammenhang mit Ereignissen im Ausland. Aus diesem Grunde habe man mit der Übergabe noch bis zu der Entscheidung im Europarat gewartet. Zur Zeit der Sendung wurde die Befragung der Angeklagten noch fortgeführt.
Auf der anderen Seite wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Unterstützer für die Erklärung der Intellektuellen in Europa die Zahl von 3.200 erreicht habe. Darunter befinden sich nach Angaben aus Le Monde mehr als 300 Politiker und 600 Professoren.

Milliyet vom 16.08.1984

Vor dem DGM wurde ein Verliebter angeklagt

Der 15-jährige Hasan Tanik hat einen Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Istanbul bekommen. Da die Mutter seiner 13-jährigen Geliebten sich gegen die Verbindung zur Wehr gesetzt hatte, hatte er die Fensterscheiben des Hauses mit Steinen eingeworfen und einen Drohbrief an die Mutter geschrieben. Vor Gericht beteuerte der Junge, daß er eine Dummheit gemacht habe, die aber doch nichts mit dem Staate zu tun habe. Das Gericht beschloß daraufhin die Haftentlassung des Angeklagten und sandte die Akte an das Schiedsgericht, um darüber zu entscheiden, vor welchem Gericht das Verfahren stattfindet.

Cumhuriyet vom 16.08.1984

Im DISK-Verfahren ist die Zahl der Angeklagten auf 506 gestiegen

Durch die Vereinigung mit den Verfahren gegen 2 Einzelgewerkschaften hat sich die Zahl der Angeklagten im DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul auf 506 erhöht. Die Verfahren gegen 14 Angeklagte der DISK-Gewerkschaft Hürcam-Is und 22 Angeklagte von TIS, ebenfalls der DISK angeschlossen, wurden mit dem Hauptverfahren zusammengelegt, in dem schon die Verfahren von Tümka-Is, Basin -Is, Banksen, Tekstil, Maden-Is und Emas zusammengegaßt sind. Nach dem Beschluß der Zusammenlegung wurde mit der Befragung der Angeklagten aus dem Maden-Is Verfahren fortgefahren.

Cumhuriyet vom 16.08.1984

Gegen 5 Angeklagte der TSIP werden Strafen zwischen 6 und 20 Jahren gefordert

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul hat der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten. Für 5 der 6 Angeklagten forderte er Strafen bis zu 20 Jahren Gefängnis. Er führte in seinem Plädoyer aus, daß die Angeklagten als Leiter der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei, TSIP, die Vereinigung in eine illegale Organisation verwandelt haben, mit dem Ziel, ein marxistisch-leninistisches System in der Türkei zu errichten.

Cumhuriyet vom 17.08.1984

Journalist Ciplak freigesprochen

Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung Demokrat, die später verboten wurde, Hasan Basri Ciplak, wurde

nun vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul von dem Vorwurf, die Streitkräfte des Staates beleidigt zu haben, freigesprochen.

Cumhuriyet vom 17.08.1984

Im PKK-Verfahren wurde ein Angeklagter zu lebenslanger Strafe verurteilt

Vor dem Militärgericht in Diyarbakir ging der Prozeß gegen Angeklagte der PKK aus Diyarbakir-Cermik zu Ende. Ein Angeklagter wurde zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, 13 Angeklagte bekamen Strafen bis zu 20 Jahren und 7 Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Cumhuriyet vom 17.08.1984

Anklage wegen Gewerkschaftszwangs

Vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul fand der Prozeß gegen 4 Beschäftigte der Firma Profilo-AEG, PEG statt. Ihnen war vorgeworfen worden, die Arbeiter in dem Betrieb gezwungen zu haben, aus der Gewerkschaft Otomobil-Is (unanbhängig) auszutreten und in die Türk-Is Gewerkschaft Türk Metal-Is einzutreten. Hierauf steht eine Strafe zwischen 3 und 5 Jahren. Während 7 geschädigte Arbeiter und viele Zeugen das Vergehen der Angeklagten bestätigten, lehnten diese die Beschuldigungen ab und sagten, daß sie mit den Arbeitern nur über die anstehenden Arbeiten geredet hätten.
Nach der Anhörung der Zeugen faßte das Gericht den Beschluß, die Akte an die Staatsanwaltschaft zurückzugeben, da das Verfahren nicht in die Zuständigkeit des Staatssicherheitsgerichtes falle. Die Untersuchungshaft von 2 Angeklagten soll andauern.

Hürriyet vom 19.08.1984

Das THKP/C Kurtulus Verfahren hat begonnen

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann ein Prozeß gegen 28 Angeklagte der illegalen Organisation THKP/C Kurtulus. Unter den Angeklagten befinden sich 4 Ehepaare. Gegen 3 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert, während die anderen Angeklagten Strafen zwischen 5 und 15 Jahren erhalten sollen. In der gestrigen Verhandlung wurden 8 Angeklagte, die in Unterkleidung im Saal erschienen waren, des Saales verwiesen.

Milliyet vom 22.08.1984

Auslieferung des Verdächtigen am Ipekci-Mord, Özbey gefordert

Die Türkei hat von der Bundesrepublik Deutschland die Auslieferung des Verdächtigen am Mord an unserem ehemaligen Chefredakteur Abdi Ipekci, Yalci Özbey, gefordert. Neben dem Mordverdacht werden auch Paßfälschungen und andere Aktionen, gemeinsam mit Mehmet Ali Agca, aufgeführt.
Özbey war von der deutschen Polizei wegen Paßvergehens, und falschen Stempeln aus Kapikule verhaftet worden. Nach zwei Monaten Haft hatte er einen Hungerstreik begonnen und war unter der Auflage, die Stadt Bochum nicht zu verlassen, auf freien Fuß gesetzt worden. Er hatte schon vorher der Zeitung Milliyet gegenüber erklärt, daß er für die Befreiung von Mehmet Ali Agca 200.000 TL beschafft habe und daß das benutzte Auto ihm gehöre. Ferner hatte er erst kürzlich erklärt, daß nicht der bulgarische Geheimdienst hinter dem Attentat auf den Papst stehe.

Tercüman vom 22.08.1984

Das Verfahren gegen die Partei des Rechten Weges steht vor dem Abschluß

Das Verfassungsgericht wird sich im September mit dem Verfahren zum Verbot der Partei des Rechten Weges, DYP, auseinandersetzen. Der vorsitzende Richter am Verfassungsgericht, Ahmet Hamdi Boyacioglu, gab bekannt, daß man bei einigen in der Anklage aufgeführten Zeugenaussagen Bedenken habe und daß man einige Zeugen auch zur Verhandlung laden könne. Das Gericht werde auf jeden Fall ein wohl bedachtes Urteil fällen.

WDR vom 21.08.1984

Revisionsverfahren gegen die Friedensvereinigung

Im Revisionsverfahren vor dem militärischen Kassationsgerichtshof in Ankara haben die Verteidiger ihre Plädoyers gehalten. Die Verurteilten befinden sich unterdessen seit mehr als 9 Monaten in Haft. In der Abschlußverhandlung am 14. November 1983 waren 18 Angeklagte zu je 8 Jahren und 5 Angeklagte zu je 5 Jahren Haft verurteilt worden. Diese 23 Angeklagten wurden nun durch 17 Anwälte vertreten. In der Verhandlung wurde der Antrag der Staatsanwaltschaft mit einem Umfang von 66 Seiten zusammenfassend verlesen. Die Anwälte äußerten ihre Bedenken gegen die Beschlußfassung des Gerichtes, da hier zum Beispiel Gedenkfeiern für den Dichter Nazim Hikmet als illegale Veranstaltung aufgeführt werden, obwohl gerade dieser sich für den Frieden eingesetzt habe.
Anm.: Am Folgetage wurde das Verfahren auf den 29. August vertagt.

Hürriyet vom 23.08.1984

Am MHP-Verfahren nahm Türkes nicht teil

In dem Verfahren gegen die verbotene MHP und ihre Nebenorganisationen ging die Verhandlung vor Militärgericht Nr. 1 in Ankara ohne Alparslan Türkes weiter, der erkrankt war. Bei ihrer Vernehmung gab die Vorsitzende des Vereines der idealistischen Frauen, ÜHD, Aysel Gezgin, an, daß sie unter schweren Bedingungen durch Kirmesveranstaltungen Geld gesammelt und dieses dann für die Miete des Gebäudes, in dem sie untergebracht waren, verwendet haben.

Hürriyet vom 24.08.1984

Haftentlassungen im DISK-Verfahren

Durch die Haftentlassung von 9 Untersuchungshäftlingen im DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul befinden sich jetzt alle Angeklagten auf freiem Fuß. Das Verfahren dauert seit dem 24.12.1981 nun schon 32 Monate an. Nachdem der Generalsekretär von DISK, Fehmi Isiklar, gestern ein vierseitiges Gesuch verlesen hatte, forderten die Anwälte erneut die Haftentlassung für ihre Mandanten. Der Militärstaatsanwalt forderte die Ablehnung des Antrages.
Nach einer Beratung von 1,5 Stunden verkündete das Gericht die Haftentlassung für den Vorsitzenden der DISK, Abdullah Bastürk, den Generalsekretär Fehmi Isiklar und die Mitglieder des Präsidiums, Ali Riza Güven, Celal Kücük, Kemal Nebioglu, Mukbil Zirtiloglu, Tuncel Kocaman, Mustafa Aktulgali und Abdurrahman Cevat Özhasirci. Die Angeklagten werden beschuldigt gegen die §§ 141, 146 und die Gesetze 296, 274, 275, 171 und 6136 verstoßen zu haben.

Hürriyet vom 24.08.1984

Das Verfahren gegen die Schriftstellergewerkschaft wurde fortgeführt

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul ging gestern das Verfahren gegen 19 Angeklagte der Schriftstellergewerkschaft der Türkei (TYS) weiter. Außer den Angeklagten Aziz Nesin, Vedat Türkali, Ataol Behramoglu, Aziz Calislar, Orhan Apaydin und Mehmet Ali Sebük waren alle Angeklagten anwesend.

e) VERHAFTUNGEN

In Istanbul wurden 6 Ägypter und 4 Iraner verhaftet, bei denen man Materialien zum Fälschen von Pässen entdeckt hatte (Hürriyet vom 11.08.84).

Bei Operationen in Izmir und Umgebung wurden 31 Personen verhaftet, die versucht hatten, die Sozialistische Vaterlandspartei (SVP) neu zu beleben. Die Polizei teilte mit, daß sie eine Organisation mit dem Namen 'Kivilcim' gegründet hatten, um der Partei wieder zum Leben zu verhelfen. Bei den Durchsuchungen von 3 Wohnungen wurden Zeitungen und Flugblätter, die man verteilen wollte, beschlagnahmt (alle Zeitungen am 22.08.1984).

DIE AKTION IM OSTEN

Auch in der bundesdeutschen Presse fanden sich Berichte über den Überfall auf zwei Gendarmeriestationen im Osten der Türkei, Kurdistan. Während die Berichte der türkischen Presse ausschließlich von einer separatistischen Gruppe sprach, konnte man in Deutschland lesen, daß es sich wohl um Angehörige der PKK gehandelt hat. Die Meldungen der türkischen Presse sind dieses Mal sehr ausführlich, obwohl der Vorfall erst mit einer Verspätung von 3 Tagen der Offentlichkeit überhaupt mitgeteilt wurde.
Der türkische Rundfunk des WDR meldet am 20.08.84, daß in den Mittagsstunden des 15.08.1984 ein Überfall auf die Gendarmeriestation Eruh stattgefunden hat, bei der 9 Personen, darunter 6 Soldaten verletzt wurden. Ihr Gesundheitszustand bessere sich aber. Die Sicherheitsmaßnahmen in dem Gebiet seien verstärkt worden und man habe alle Zufahrtswege gesperrt.
Die erste Mitteilung des Generalsstabs findet sich in Cumhuriyet vom 18.08.1984. Hier werden die zwei Überfälle auf Gendarmeriestationen in dem Kreis Eruh der Provinz Siirt und im Kreis Semdinli der Provinz Hakkari erwähnt. Im ersten Fall soll ein Gendarm ermordet und sechs Soldaten sowie drei Zivilisten verletzt worden sein. Im zweiten Fallen seien drei Soldaten verletzt worden. Beide Überfälle seien jeweils von separatistischen Organisationen begangen worden.
Hürriyet meldet am 19.08.1984, daß der Innenminister Ali Tanriyar, der Staatssekretär Demirel, der Polizeidirektor Bedük nach Diyarbakir gekommen seien, um den Vorfall zu untersuchen.
Am 20.08.1984 meldet Hürriyet die Bestattung des gefallen Soldaten Süleyman Aydin.
Cumhuriyet meldet am gleichen Tage, daß nun zwei der Angreifer gefaßt wurden. Außerdem werde vermutet, daß es bei der Gruppe von etwa 50 Terroristen auch 6-7 Frauen gebe. Die Gruppe sei in kleineren Gruppen in die Stadt gekommen und habe Plakate und Broschüren an die Wände geheftet. Gegen 21.30 Uhr seien sie in die Moschee gegangen und hätten über den Lautsprecher Parolen gerufen.
Unter der Überschrift 'der Atem des türkischen Soldaten ist in ihrem Nacken' meldet sich Milliyet am 21.08.84 zu Wort. Unterstützt durch Hubschraubereinsatz seien inzwischen einige verdächtige Personen festgenommen worden. Man habe außerdem erfahren, daß die Aktion unternommen wurde, um vor einem Kongreß im Ausland noch einmal auf sich aufmerksam zu machen. Bei den Durchsuchungen von verdächtigen Häusern habe man Publikationen von separatistischen Gruppen und Waffen kleinen Kalibers gefunden. In den von Milliyet zitierten Äußerungen der Bevölkerung wird darauf verwiesen, daß die Terroristen, die sich seit geraumer Zeit in den Bergen versteckt halten, die Bevölkerung ausrauben und inzwischen keine Unterstützung mehr genießen, obwohl sie vor dem 12. September immer behauptet haben, auf der Seite der Bevölkerung zu stehen. Wegen der Sicherheitsmaßnahmen sei auch ein Fußballspiel zwischen Siirt und Diyarbakir verlegt worden.

Am 22.08.1984 meldet Hürriyet, daß inzwischen 160 Personen (60 bei Semdinli und 100 bei Eruh) verhaftet worden sind. Die Zahl der Mädchen unter den 50 Terroristen wird mit 10 angegeben. Außerdem sei der Unteroffizier Memis Aribas, der bei dem Überfall in Semdinli eine Kugel in den Rücken erhalten habe, an den Folgen seiner Verletzungen gestorben. Die Untersuchungen der Regierungsbeauftragten unter Leitung des Innenministers sollen unterdessen weitergehen.
Milliyet meldet am 23.08.1984, daß 110 Militante verhaftet worden sind. In dieser Meldung werden die Täter als 'Apocu' bezeichnet und zwar in dem Satz: Der Mann, den sie nicht entführen konnten. Hier ist der Landrat von Eruh abgebildet, der wieder in Ruhe und Frieden seinen Dienst verrichtet. Außerdem sei das eigentliche Ziel des Überfalles die Raffinerie bei Batman gewesen und die Pilger, die nach Mekka unterwegs seien, heißt es in diesem Bericht, der mit vielen Bildern geschmückt ist.
Hürriyet meldet am 23.08.1984, daß inzwischen mehr als 200 Personen verhaftet seien. Die Operationen, die zunächst in Eruh-Pervari und Eruh-Sirnak stattgefunden haben, sollen nun nach Bitlis in den Bereich Hizan verlagert worden sein.
in großer Aufmachung berichtet Tercüman am 24.08. 1984 auf der ersten Seite mit vielen Bildern von dem heroischen Widerstand der Bevölkerung von Eruh, die verhindert habe, daß auch die Bank ausgeraubt wurde. Außerdem wird hier die Vermutung angestellt, daß auch die Armenier ihre Finger mit im Spiel gehabt haben.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 10.08.1984

Veränderung im Notstandsgesetz sind in Kraft getreten

Die Verordnung mit Gesetzeskraft, die die Kompetenzen der Gouverneure im Notstand verstärkt, ist durch die Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft getreten. Der Staatsminister gab der Cumhuriyet gegenüber bekannt, daß mit diesen Veränderungen geplant sei, den Notstand stärker zu machen, damit man in Zukunft weniger vom Kriegsrecht Gebrauch machen müsse. Aufgrund der neuen Verordnung haben die Gouverneure das Recht, Streiks und Aussperrungen für die Dauer von 3 Monaten auszusetzen. Sie können auch die Tätigkeit von Vereinen für 3 Monate unterbinden und Entlassungen von Arbeitern für die gleiche Dauer stoppen.

Cumhuriyet vom 10.08.1984

In Konya wird die ANAP von der MSP unterwandert

Von der Provinzorganisation der Vaterlandspartei ANAP kam ein Beschwerdebrief mit 83 Unterschriften an den Vorsitzenden der Partei, Turgut Özal. In diesem Brief wird davon gesprochen, daß die aufopfernden Freunde, die der Partei den Wahlsieg des 6. November und des 25. März beschert haben, nun langsam aus der Partei

gedrängt werden und andere Personen, die nicht den vereinheitlichenden und konstruktiven Prinzipien der ANAP, sondern den Idealen der verbotenen MSP anhängen, in den Vordergrund getreten seien.

Cumhuriyet vom 15.08.1984

Erster Riß in der Regierung

Die Diskussionen um eine Neuordnung innerhalb der Ministerien haben nun auch unter den Kabinettsmitgliedern zu einer ersten ernsthaften Reaktion geführt. Der Minister für das Transportwesen, Veysel Atasoy, der Abgeordneter der ANAP für Zonguldak ist, hat seinen Rücktritt erklärt. Er wurde aber danach durch den Ministerpräsidenten Turgut Özal 'überzeugt' und hat seinen Rücktritt zurückgezogen.

Cumhuriyet vom 15.08.1984

Widerspruch zwischen Verwaltungsgericht und Regierung

Bezüglich staatlicher Bediensteter, die nach dem Kriegsrechtsgesetz mit der Nummer 1402 entlassen, dann aber später wieder eingestellt wurden, hat es jetzt einen Widerspruch zwischen dem obersten Verwaltungsgericht und der Regierung gegeben. Nach den Beschlüssen des obersten Verwaltungsgerichtes sind den auf diese Weise wieder eingestellten Beamten sämtliche persönlichen und dienstlichen Rechte wieder zu erteilen, die Regierung aber hält sich seit 7 Monaten nicht an diesen Beschluß.

Tercüman vom 19.08.1984

Die Taxifahrer werden Einheitskleidung tragen

In einer Vorlage des Innenministeriums wird davon gesprochen, daß in Zukunft für den besseren Kontakt zwischen Taxifahrern und Kunden die Taxifahrer Einheitskleidung tragen werden. Außerdem sollen die frei fahrenden Taxis sich jeweils an den nächstgelegenen Taxiständen anstellen.

Cumnhuriyet vom 19.08.1984

Die Taxifahrer wehren sich gegen Einheitskleidung

Die Taxifahrer haben sich gegen die Absicht gewehrt, daß sie in Zukunft Einheitskleidung tragen sollen, um einen besseren Anblick zu gewähren. Sie sagten, daß sie bei ihren Fahrten gezwungen sind, auch Reparaturen auszuführen. Schon aus diesem Grunde sei eine Einheitskleidung nicht angebracht. Außerdem seien sie nicht in der Lage, sich gleich drei Anzüge bei ihrem Verdienst leisten zu können. Wenn schon, dann solle der Staat auch die Einheitskleidung zur Verfügung stellen. Auf der anderen Seite fanden sie die Neuerungen in dem Entwurf für ein neues Gesetz über Beförderungen auf dem Landwege, daß die Taxifahrer für einen besseren Kontakt zum Kunden ausgebildet werden sollen und daß sie Kunden an allen Haltestellen aufnehmen können, als positiv. Eine Schulung für Taxifahrer sei eigentlich überfällig, meinten sie.

Cumhuriyet vom 11.08.1984

Polizei stellt 1985 13.000 neue Leute ein

Der Innenminister Ali Tanriyar gab bekannt, daß die Polizei im kommenden Jahr neues Personal in Höhe von 12.943 einstellen wird. Außerdem werden im Verlaufe des Em-Remo Planes jedes Jahr 3 neue Hubschrauber zum Einsatz kommen. Diese sollen vornehmlich in den kritischen Gebieten von Izmir, Adana, Erzurum und Diyarbakir eingesetzt werden.
Des weiteren gab der Innenminister bekannt, daß in der Zeit nach der Regierungsbildung bis zum 31. Juni 1984 insgesamt 2.403 Waffen, 482 Jagdgewehre, 39.881 Kugeln und 1432 Stichwaffen beschlagnahmt wurden.

Tercüman vom 15.08.1984

Die HP wird einen neuen Antrag auf Verfassungsänderung einreichen

Nach dem beabsichtigten Antrag auf Änderung des Wahlalters auf 18 will die Volkspartei HP nun auch noch einen Antrag auf Änderung des Artikels 91 einreichen. Nach diesem Artikel hat die Regierung das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft einzureichen. Diese Anträge sollen nach Beendigung der Sommerpause eingereicht werden.

BRD

Hürriyet vom 24.8.1984

Havva wird mit ihren 3 Kindern abgeschoben werden

Die Hannoveraner Ausländerpolizei bewertet ihre Ehe nur als den Formalitäten entsprechend und hat deshalb den Beschluß gefaßt, Havva Erdem Rusche zusammen mit ihren 3 Kindern auszuweisen.Die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der Frau wurden für ungültig erklärt. Sie erhielt die Erlaubnis den Gerichtsbeschluß bezüglich der Ungültigkeitserklärung ihrer Ehe, der am 31.8. bekanntgegeben wird abzuwarten. Es wird erwartet, daß das Gericht die Ehe für nicht gültig erklären wird.
Nach dem Tod ihres türkischen Ehemannes war sie in die Bundesrepublik gekommen und hatte sich hier mit einem Deutschen verheiratet. Da sie mit ihrem Sohn und ihrer Tochter in einer getrennten Wohnung lebte, erklärte die Ausländerpolizei, daß sie nicht wie Ehepartner lebten. Arbeits- und Aufenthaltserlaunis wurden für ungültig erklärt. Auch auf den Ehegatten wurde nach ihren Angaben Druck ausgeübt, so daß er sich schließlich wegen der Scheidung an das Gericht wandte. In der ersten Sitzung konnte kein Beschluß gefaßt werden. Frau und Kinder leben nun ständig in der Furcht, abgeschoben zu werden.

Hürriyet vom 23.8.1984

An der yugoslawischen Grenze wurde auf illegal eingereiste Türken das Feuer eröffnet

Von 8 Türken, die am vergangenen Sonntag versuchten die yugoslawische Grenze in Richtung Österreich zu überqueren, um nach Deutschland zu gelangen und dort zu arbeiten, wurden 5 von yugoslawischen Grenzbehörden verhaftet, während sich 3 von ihnen den österreichischen Grenzbehörden ergaben.
Die yugoslawischen Grenzbeamten hatten mit Maschinengewehren auf die Türken geschossen und dann Hunde auf sie losgelassen.
Von yugoslawischer Seite wurde zu diesen Vorfällen kein Kommentar abgegeben.

Tercüman vom 19.8.1984

Ein Türke wurde von 2 Deutschen überfallen und dabei verletzt

Ein türkischer Arbeiter, der in Offenbach zusammen mit einem Freund in einer Wirtschaft saß und dort Alkohol

trank wurde von 2 Deutschen überfallen; aus seiner Brieftasche wurde Geld entnommen.
Der Türke wollte mit einem 100-Mark-Schein bezahlen und wurde dabei von 2 Deutschen mit der Bemerkung " Bezahl deine Schulden " überfallen. Nach Angaben des Türken hat der Inhaber der Wirtschaft aus seiner Brieftasche 200 DM entwendet. Der verwundete Landsmann erstattete daraufhin Anzeige. Die deutsche Inhaberin wurde vorübergehend festgenommen und die Polizei begann die Suche nach den Tätern.

Hürriyet vom 19.8.1984

" Es ist falsch zu denken, daß, wenn die Ausländer gehen, allles in Ordnung kommt "

Die deutsch-Türkischen Vereine sind beunruhigt aufgrund der Kritik an den vom hessischen Parlament beschlossenen Maßnahmen. Politiker kritisieren die neuen Beschlüsse und fordern Änderungen. Der Vorstand der Deutsch-Ausländischen Initiative in Bornheim bezieht dazu wie folgt Stellung: " *Die Beschlüsse des Landes Hessen haben menschliche Qualität und schützen die Menschenrechte. Obwohl sich in Untersuchungen gezeigt hat, daß sich die Zahl der nach Deutschland kommenden Ausländerkinder jeden Tag etwas verringert, dienen die stürmischen Auseinandersetzungen um diese Beschlüsse nur der Beunruhigung der Ausländer und ihrer deutschen Freunde. Die Gegenvorschläge und Erklärungen des Oberbürgermeisters Wallmann und des Innenministers Zimmermann erzeugen Panik. Es ist falsch zu denken, daß die Ausländer für alles Schlechte in der Bundesrepublik verantwortlich sind; daß, wenn sie gehen, die Arbeitslosigkeit und die sozialen Probleme verschwinden. ...*"

Hürriyet vom 18.8.1984

Untersuchung gegen die beiden Deutschen, die einen türkischen Arbeiter aufhängen wollten, wurde eröffnet

Die Münchener Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung gegen 2 Deutsche, die ihren Arbeitskollegen Mümin Cakar mit einem Strick banden und an der Tür aufhängten aufgenommen.
Der Türke war sofort nach diesem Ereignis in die Türkei ausgereist. Das Verfahren gegen die beiden Deutschen wird wegen Körperverletzung eingeleitet.

Hürriyet vom 18.8.1984

Auf illegal eingereiste Türken wurde an der yugoslawischen Grenze geschossen

(In dieser Meldung wird noch von 6 durch die yugoslawischen Behörden Verhaftete geschrieben. Ebenfalls heißt es, daß eventuell jemand verletzt oder sogar zu Tode gekommen sei.)

Milliyet vom 18.8.1984

In 5 Jahren wurden 25.000 Asylanten aus Deutschland hinausgebracht

Nach einer Erklärung des Familienministeriums haben in den letzten 5 Jahren 25.000 Ausländer, die Asyl beantragt hatten das Land mit einer finanziellen Hilfe verlassen.
Im Jahre 1983 kehrten 7.700 Ausländer in ihre Heimat oder ein anderes Land zurück, wobei die Reisekosten erstattet wurden. Die Ausgaben für diese Angelegenheit betrug nach Angaben des Ministeriums 18,5 Mio. DM. Die Personen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen Asyl beantragen kommen nach Angaben des Ministeriums hauptsächlich aus Pakistan, der Türkei, Afghanistan, Polen, Lybien, Indien und aus Ghana.

Hürriyet vom 17.8.1984

" Weil ich Türke bin, habe ich 40 Tage im Gefängnis verbracht "

Der Münchener Redakteur unserer Zeitung hat auch eine deutsche Geschichte (Märchen) erlebt. Nach dem Besuch eines Lokals wurde Serdar Kocak als Täter für einen Brand, der dort ausgebrochen war und ein Todesopfer forderte, 40 Tage in Untersuchungshaft gehalten. Nur mit vielen Mühen und auf Beschluß des Gerichtes gewann er seine Freiheit wieder. Er sagte dazu, daß er nun selbst ein Erlebnis gehabt habe wie es den Türken in Deutschland aufgrund von Vorurteilen häufig passiert. Die Stimme meines Gewissens sagt mir, daß ich wie ein Saboteur behandelt wurde, nur weil ich Türke bin.

Hürriyet vom 16.8.1984

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der türkischen Schüler verringert

Zu Beginn des Schuljahres gab es eine Verringerung der Zahl der türkischen Schüler auf Grundschulen um 4.300. Als Grund hierfür wurde die Rückkehr von türkischen Arbeitern der großen Firmen Thyssen, Mannesmann und Ruhrkohle genannt.
Im Schuljahr 1982/83 gingen 73.832 türkische Schüler zur Grundschule; im Schuljahr 1983/84 betrug diese Zahl 69.700 und im Schuljahr 1984/85 gehen noch 65.400 türkische Schüler zur Grundschule.
Im letzten Jahr wurden 17.634 Schüler neu angemeldet; diese Zahl sank in diesem Jahr auf 15.400.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 12.08.1984

Die Gewerkschaften fühlen den Atem von 750.000 Arbeitern in ihrem Nacken

Nach Inkrafttreten der Tarifautonomie haben 36 Gewerkschaften in 28 Produktionszweigen die 10%-Marke erreicht und gehen nun daran, die Tarifgespräche für 400.000 Arbeiter vorzubereiten. Die Gewerkschaften haben sich in 5.700 Fällen an das Ministerium gewandt und die Konzession, Tarifverhandlungen zu führen, gefordert. 3700 Anträge liegen dem Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit immer noch zur Entscheidung vor. Die Zahl der Arbeiter, die in diesen Betrieben arbeiten, wird auf 350.000 geschätzt.

Cumhuriyet vom 12.08.1984

Die Zinsen steigen

Am Ende wurde der Wunsch des IWF erfüllt, und die Zinszätze stiegen erneut. Nach neuen Bestimmungen wurde der Zinssatz für die auf 3 Monate befristeten Termingelder von 52% auf 53% erhöht. Die neuen Zinssätze sollen bis zum 30.September 1984 in Kraft bleiben.

Milliyet vom 14.08.1984

Man redet über Streik

Türk-Is nahestehende Kreise berichten, daß gestreikt werden kann, falls im Staatssektor keine Einigung erzielt und Streikbeschluß gefaßt wird.
Der Generalsekretär der Türk-Is, Sadik Side, wird bei seinen Gesprächen mit den Vorsitzenden der in Verhandlung stehenden Gewerkschaften auf Mäßigung drängen.
Die für den Staatsektor gegründete Koordinationskommission hat eine Lohnerhöhung beschlossen, die auf der Linie der Beschlüsse der Obersten Schiedsstelle für 1984 liegt. Die Gewerkschafter teilten mit, daß diese Lohnerhöhung auf dem Verhandlungswege bestätigt werden muß. Ferner sei abzusehen, daß in der ersten Runde der Verhandlungen sicherlich keine Einigung erzielt werden wird.

Tercüman vom 15.08.1984

Die Emtscheidung für das erste Kernkraftwerk fällt in dieser Woche

Das letzte Wort für das erste Kernkraftwerk der Türkei in Akkuyu wird in dieser Woche von der Regierung ausgesprochen werden. Der Wirtschaftstrat hat vergangene Woche nach Abschluß der Infrastrukturmaßnahmen über die Anträge der Hersteller-Firmen beraten. Regierungskreise erwarten, daß deutsche und kanadische Bewerber-Firmen ein Konsortium bilden und das Kernkraftwerk gemeinsam bauen. Allerdings muß Ministerpräsident Özal noch das letzte Wort sprechen.

Hürriyet vom 18.08.1984

Im ersten Jahr 60%, im zweiten 35%

In der Metallindustrie wurden die Tarifgespräche beendet. Die Gewerkschaft Metal-Is (Mitglied der Türk-Is) forderte für ihre 50.000 Mitglieder in 176 Betrieben eine Lohnerhöhung in Höhe von 105%. Die Gewerkschaft der Metallarbeitgeber der Türkei (MESS) wollte aber nur 30% gewähren. Einen Tag, bevor das Streik- und Aussperrungsrecht in Kraft trat, wurden die Verhandlungen zu Ende geführt und man einigte sich auf eine Lohnerhöhung von 60% fürs erste Jahr und auf 35% fürs zweite Jahr.

Milliyet vom 22.08.1984

MESS bereut es, daß die Lohnerhöhung sehr hoch ausgefallen ist

Der frühere Vorsitzende der MESS, Sükrü Er, fand die Lohnerhöhungen, die der Türk-Metal gewährt wurden, sehr hoch.
Auf unsere Frage *"Was hätten Sie gemacht ?"* antwortete er:*"Hätte ich die Verhandlungen geführt, so hätte ich diese Lohnerhöhungen nicht akzeptiert. Ich finde sie sehr hoch. Unser Produktionszweig hat seine Besonderheiten. Bei uns arbeiten qualifizierte Kräfte. Deshalb sind die Löhne sehr hoch."*
Der jetzige MESS-Vorsitzende Bahri Ersöz erklärte dazu:*"Als wir die Lohnerhöhungen beschlossen, haben wir sowohl die ökonomischen Schwierigkeiten der Arbeiter als auch die Finanzprobleme der Arbeitgeber berücksichtigt. Es ist richtig, daß die Loherhöhung verhältnismäßig hoch ausgefallen ist. Sükrü Bey hat Recht."*

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 11.08.1984

Die Kürzung der US-Militärhilfe wird das F-16-Projekt negativ beeinflussen

Es wird gemeldet, daß die Reduzierung der US-Militärhilfe an die Türkei auf 540 Millionen Dollar das türkisch-amerikanische Gemeinschaftsprojekt F-16 negativ beeinflussen wird. Ferner wird vermutet, daß die türkisch-amerikanischen Beziehungen durch die Kürzung beeinträchtigt werden.

Hürriyet vom 12.08.1984

Vollständige Einigung mit dem IWF

Die Gespräche, die in Ankara zwischen den Delegationen der Türkei und des IWF geführt werden, sind zu Ende gegangen. Man erzielte vollständige Einigung. Die Türkei hat die fällige Kredittranche in Höhe von 60 Millionen Dollar in Anspruch genommen. Damit gingen auch die Gerüchte zu Ende, wonach angeblich die Türkei sich mit dem IWF nicht einigen könne.

Hürriyet vom 13.08.1984

Wir bekommen Maverick-Raketen aus Amerika

Es wird gemeldet, daß die USA an die Türkei die Luft-Boden-Rakete Maverick verkaufen werden.
Laut Meldungen aus dem Pentagon bekommen außer der Türkei noch Italien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Holland diese Raketen.

Cumhuriyet vom 15.08.1984

Der Staatspräsident der Vereinigten Arabischen Emirate kehrt in sein Land zurück

Es wird gemeldet, daß die ersten fruchtbaren Schritte in den Handelsbeziehungen zwischen der Türkei und der Vereinigten Arabischen Emirate am Ende dieses Jahres in Abu Dhabi getan werden. Bei der ersten gemischten Kommissionssitzung in Abu Dhabi werden über verschiedene Projekte Beschlüsse gafaßt.
Das ist das Ergebnis des 6-tägigen Besuchs des Staatspräsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate , Scheich El Nahyan, in der Türkei. El Nahyan verläßt morgen die Türkei.

Cumhuriyet vom 14.08.1984

Über die Phantom-Jäger von Ägypthen wurde noch nicht entschieden

Das bilaterale Verteidigungsabkommen zwischen der Türkei und Ägypten wird heuete in Kairo unterzeichnet. Es wird gemeldet, daß das Phantom-Geschäft zwischen beiden Ländern nicht abgeschlossen werden konnte. Die Zurückhaltung der ägyptischen Seite wird damit begründet, daß Ägypten befürchtet, daß hierdurch die ägyptisch-griechischen Beziehungen gestört werden.

Hürriyet vom 17.08.1984

Özal kommt am 6.September nach Deutschland

Ministerpräsident Turgut Özal wird am 6.September in Hamburg erwartet.

Cumhuriyet vom 18.08.1984

Yavuztürk: Für die Leopard-Produktion kommt eine deutsche Delegation

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk gab bekannt, daß in der ersten Hälfte des nächsten Monats eine deutsche Delegation bestehend aus Offizieren, Verteidigungsexperten und Technikern in Ankara eintreffen wird. Yavuztürk sagte:*"Mitte September wird eine bundesrepublikanische Delegation in die Türkei kommen. Wir werden mit dieser Delegation über die gemeinschaftliche Produktion der Leopard-Panzer in der Türkei sprechen. Bei unseren Gesprächen werden wir unsere ökonomischen, militärischen und technischen Möglichkeiten erwägen und die ersten Vorbereitungen treffen."*

Tercüman vom 18.08.1984

Wir haben die F-16-Flugzeuge für die Verteidigung der Türkei hergegeben

Das Außenministerium der USA hatte erklärt, daß die F-16-Flugzeuge, die an die Türkei gehen, für den Fall gedacht sind, wenn die Sowjetunion Iran okkupiert oder im Balkan Aktivitäten entwickelt. Diese Erklärung wurde nun abgeändert.
Es heißt neuerdings, daß der Verkauf der F-16-Flugzeuge an die Türkei nicht von bestimmten Szenarien abhängig gemacht werden kann. Die besagte Hilfe sei notwendig, um die militärische Kraft der Türkei zu stärken und die Sicherheit eines Bündnispartners in der NATO zu garantieren.

Hürriyet vom 21.08.1984

Es wird schwieriger, ein deutsches Visum zu bekommen

Seit Jahren scheint die deutsche Regierung entschlossen zu sein, die türkischen Staatsbürger mit Visumszwang zu belegen. Neuerdings läßt sie in Istanbul neben dem Konsulatsgebäude extra für Visa ein neues Haus bauen. Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul, Dr. Karl Leuteritz, erklärte in diesem Zusammenhang Hürriyet gegenüber:*"Ich glaube nicht, daß der Visumszwang aufgehoben wird. Es gibt keine Anzeichen dafür. Das ist eine politische Entscheidung."*

Tercüman vom 19.08.1984

Der Besuch von Rogers hat mit der Zwischenlösung zu tun

Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, General Bernard Rogers, kam vorgestern zu einem eiligen Besuch nach Ankara. Es wird vermutet, daß der Besuch des NATO-Oberkommandierenden in Europa mit einer Reihe von Gesprächen zu tun hat, die er in Athen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreu geführt hat.
General Rogers hatte im Juli Griechenland besucht und mit dem griechischen Präsidenten gesprochen. Regierungskreise in Griechenland und die Presse hatten diese Gespräche positiv beurteilt. Den Besuch des Generals in der Türkei und seine Gespräche mit Ministerpräsident Özal und Außenminister Halefoglu beurteilte die türkische Presse als eine interessante Entwicklung. Desgleichen sprach die griechische Presse von einem eiligen und unangemeldeten Besuch.

Hürriyet vom 19.08.1984

Griechenland's gefälschter Bericht an die NATO

Der Besuch des NATO-Oberkommandierenden in Europa, Bernhard Rogers, wird von der griechischen Regierung als zukunftweisend für die Beziehungen zur NATO bezeichnet. Trotzdem konnte aber Hürriyet einen gefälschten Bericht enthüllen, indem von der Bewaffnung der Insel Limnos durch Griechenland die Rede ist.

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig